

Baden-Baden:

Bürgerbegehren
zulässig: Mehr als
4.000 Unterschriften

**Bühl:**

Bürgerhaus Neuer
Markt stellt sein
Programm vor

**Gernsbach:**

Brückenmühle an
Baden-Badener
Firma verkauft

**Rastatt:**

Rodung bringt
Anwohner und
Tierschützer in Rage



Optimismus im Land wächst

Gemeinsame Umfrage der Tageszeitungen

Baden-Baden (BT) – Die Menschen im Südwesten gehen optimistisch in die Zukunft. 45 Prozent der Bürger blicken laut dem BaWü-Check, einer Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, dem kommenden Jahr 2022 hoffnungsfroh entgegen.

Das sind zehn Prozent mehr als im Spätherbst 2020. Der Anteil derer, die mit Befürchtungen in die Zukunft schauen, ist im selben Zeitraum von 25 auf 15 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Skeptiker von 33 auf 27 Prozent.

Die aktuelle Untersuchung der baden-württembergischen Zeitungsverlage zieht eine erste Bilanz, wie die Bürger die neue Landesregierung bewerten. Das Institut für De-



moskopie Allensbach hat dazu 1.021 Online-Interviews vom 30. Juni bis 7. Juli geführt.

Zwar beherrscht immer noch Corona die politische Agenda der Bevölkerung. Für 58 Prozent der Befragten ist die Bekämpfung der Pandemie eine der wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung kümmern muss.

Doch inzwischen rücken auch andere Themen wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit. So wird laut der Umfrage derzeit keiner anderen Aufgabe so viel Bedeutung beigemessen, wie der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

66 Prozent zählen das Thema zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung. Dahinter rangieren die digitale Ausstattung von Schulen (53 Prozent), Kriminalität bekämpfen (52)



Mit der Rückkehr in ein weitgehend normales Leben verbessert sich die Stimmungslage in Baden-Württemberg.

Foto: Annette Riedl/dpa

sowie Umwelt- und Klimaschutz fördern (51).

Zur Neuauflage der grün-schwarzen Landesregierung ergibt sich ein dreigeteiltes Bild. Etwa jeder Dritte findet Grün-Schwarz gut (35 Prozent), fast ebenso viele befragten Bürger hätten eine Regierung aus Grü-

nen, SPD und FDP vorgezogen (31), fast ebenso vielen (34) ist es egal.

Breite Unterstützung erfährt die grün-schwarze Regierung von den Anhängern der CDU. Von diesen begrüßen 72 Prozent die Fortsetzung der alten Koalition. Die Anhänger der

Grünen sind in dieser Frage deutlich gespalten: 47 Prozent von ihnen befürworten die Koalition aus Grünen und CDU, 41 Prozent hätten sich lieber eine Koalition der Grünen mit SPD und FDP gewünscht.

◆ **Bericht:** Blick ins Land

Hochwasser erschwert Bekämpfung

Stechmückenplage

Au am Rhein (naß) – Die Kommunale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Stechmückenplage (KABS) ist am Rande ihrer Belastungsgrenze. In diesem Jahr reiht sich eine Hochwasserwelle an die andere, wie der KABS-Distriktleiter von Au am Rhein, Artur Jöst, sagt. Das Wasser könne kaum abfließen, sein Team sei im Dauereinsatz, um geflutete Brutstätten zu bearbeiten. Außerdem führten die Unwetter der vergangenen Woche zu einem sehr hohen Pegel, welcher großflächige Überflutungen bis an die Rheinhauptdämme zur Folge hatte.

Durch den hohen Pegel werde die KABS vorerst nicht in die Gebiete hinter dem Hauptdamm vordringen können. Ob die Larven noch rechtzeitig vor ihrer Verpuppung bekämpft werden könnten, sei „in der angespannten Hochwasserlage nicht zu gewährleisten“, so eine Sprecherin auf BT-Anfrage.

◆ **Bericht:** Blick ins Land

Im Sportteil

Skibergsteigen wird olympisch

Das Skibergsteigen, auch Skimountaineering genannt, wird bei den Winterspielen 2026 in Mailand und Cortina d'Ampezzo olympisch werden. Die 138. Session des Internationalen Olympischen Komitees nahm in Tokio die Sportart ins Programm auf. Das Skimountaineering soll jeweils zwei Wettbewerbe für Männer und Frauen sowie ein Mixed umfassen – je 24 Athleten sollen teilnehmen, die endgültige Entscheidung darüber fällt die IOC-Exekutive im Juni 2022.

Das Gesicht



Die Vermisserin

TV-Moderatorin **Palina Rojinski** (36, Foto: Tobias Hase/dpa) hat nach eigenen Worten während der Pandemie die Kinobesuche „doll vermisst“. „Wenn man im Kino sitzt und diesen Dolby-Surround-Sound hat und sieht alles auf dieser großen Leinwand, das ist einfach so ein schönes Erlebnis.“

EU kritisiert Polen und Ungarn

Zweiter Jahresbericht der Kommission zu Rechtsstaatlichkeit

Brüssel (AFP) – Die EU-Kommission sieht den Rechtsstaat in Polen und Ungarn weiterhin in Gefahr. Der gestern veröffentlichte zweite Jahresbericht der Brüsseler Behörde zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in allen 27 EU-Staaten kritisiert erneut vor allem Entwicklungen in diesen beiden Ländern. Demnach stellen die Regierungen in Warschau und Budapest die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit infrage und unternehmen nicht genug

gegen Korruption. „Ernstes Besorgnis“ äußerte Brüssel etwa darüber, dass Polens Regierung richterliche Anordnungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) weiterhin nicht umgesetzt hat. Die Luxemburger Richter hatten unter anderem die Aussetzung einer umstrittenen Disziplinarkammer für polnische Richter gefordert. „Doch sie trifft weiterhin Entscheidungen mit direkten Auswirkungen“, beklagte die Kommission. Auch Bedenken hin-

sichtlich der Unabhängigkeit und Legitimität des Verfassungsgerichts seien noch immer nicht ausgeräumt.

„In Ungarn gibt es weitere Veränderungen in Richtung einer Absenkung bestehender Schutzmaßnahmen“ für die Unabhängigkeit der Gerichte, heißt es in dem Bericht. Auch um die Medien in den beiden Ländern ist es laut Kommission schlecht bestellt.

◆ **Kommentar:** Hintergrund
◆ **Bericht:** Politik

Alarmieren in der Not

Mittelbaden setzt auf Sirenen und Apps

Baden-Baden/Bühl/Rastatt (kos) – Um die Bürger in Gefahrenfällen wie der aktuellen Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands rechtzeitig zu warnen, wird in Mittelbaden auch auf Alarmsirenen als zentraler Teil des zivilen Katastrophenschutzes zurückgegriffen. Das bestätigte das Landratsamt Rastatt dem BT.

Während Sirenen nach dem Ende des Kalten Kriegs 1990 vielerorts abgebaut wurden, führten Vorfälle wie das Hoch-

wasser 1998 in Mittelbaden dazu, dass Kommunen die Sirenenzahl wieder erhöhten. Das Landratsamt Rastatt ist überzeugt, durch die Kombination von Sirenen und Warn-Apps auf jede Gefahrensituation rechtzeitig reagieren zu können, sagt Pressesprecher Michael Janke. Im Zuge der aktuellen Hochwasserkatastrophe wurden Fragen nach möglichen Lücken im Katastrophenschutz lauter.

◆ **Bericht:** Sonderseite

Merkel sagt Flutopfern rasche Finanzhilfe zu

Besuch der Kanzlerin in Bad Münstereifel

Bad Münstereifel (AFP) – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den Betroffenen der Hochwasserkatastrophe schnelle Hilfe zugesagt. Das Bundeskabinett werde heute ein Programm für finanzielle Hilfe beschließen, sagte sie gestern bei in Bad Münstereifel in Nordrhein-Westfalen.

Es gehe dabei darum, „unbürokratisch Soforthilfe“ zu leisten. „Wir werden alles daran setzen, dass das wirklich schnell geht.“ Dies geschehe gemeinsam mit dem Land NRW, das morgen entsprechende Beschlüsse fassen werde. Merkel sagte, die Hilfen sollten an die Leistungen des Bundes bei vergangenen Hochwassern anknüpfen. In diesem Fall werde aber viel mehr Geld für Aufbauhilfe be-

nötigt. Die Unwetter in der vergangenen Woche hatten vor allem in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in mehreren Orten schwere Schäden angerichtet. Mindestens 164 Menschen kamen ums Leben.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte, seine Landesregierung werde den vom Bund bereitgestellten Betrag verdoppeln. Die Formulare für die Beantragung der Soforthilfe sollten noch in dieser Woche bereitstehen. „So unbürokratisch und so schnell wie möglich“ sollten die Hilfen für die Betroffenen laufen.

Merkel zeigte sich betroffen von der Lage vor Ort. Die Schäden seien „erschreckend“, es gebe „entsetzliche Zustände zum Teil“. Viele Häuser seien nicht mehr bewohnbar. Sie habe „Menschen gesehen, die al-



„Das Einzige, was tröstet, ist die Solidarität der Menschen“: Angela Merkel im Katastrophengebiet.

Foto: Oliver Berg/AFP

les verloren haben“. Die Stadt sei „so schwer getroffen, dass es einem wirklich die Sprache verschlägt“. „Das Einzige, was tröstet, ist die Solidarität der Menschen“, hob Merkel hervor. Sie bedankte sich bei allen Helfern und Spendern.

Wie Kanzlerin Merkel weiter sagte, könnte es Nachbesserungen bei den Warnmeldungen in Katastrophenfällen geben. Bisher böten Telefonanbieter nicht den Dienst an,

punktgenau in Funkzellen Warnungen zu senden. „Da scheinen sich Veränderungen anzubahnen“, sagte sie mit Hinweis auf ein Gespräch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Es werde „zeitnah“ Gespräche geben, ob dies eingeführt werde. Aber auch die „gute alte Sirene“ sei womöglich nützlicher als zuletzt gedacht.

◆ **Berichte:** Sonderseite und Politik

Große Ehre für Setz

Büchner-Preisträger

Darmstadt (KNA) – Der österreichische Schriftsteller und Übersetzer Clemens J. Setz (38) erhält den Georg-Büchner-Preis 2021. Das gab die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung gestern in Darmstadt bekannt. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis gilt als wichtigste deutsche Literaturauszeichnung. Setz sei ein Sprachkünstler, der mit seinen Romanen und Erzählungen immer wieder menschliche Grenzbereiche erkunde. „Seine bisweilen verstörende Drastik sticht ins Herz unserer Gegenwart, weil sie einem zutiefst humanistischen Impuls folgt“, so die Akademie. Setz reagierte mit Ehrfurcht auf die Auszeichnung. „Ich hätte nie gedacht, dass es so früh kommt im Leben“. Einige der bisherigen Preisträger seien seine Vorbilder. „Es ist eine große Ehre.“

◆ **Bericht:** Kultur